



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 8
9. Jahrgang

14. April 1941

Besinnung in Frankreich

(ITF) Französische Gewerkschafter haben den lähmenden Bann, der dem jähen Zusammenbruch Frankreichs folgte, gebrochen. Grossbesitz, Nazi-Verwaltung und Vichy-Diktatur versuchten, die Gewerkschaften abzuwürgen, doch Funktionäre der freien Gewerkschaften haben unbeirrt weitergearbeitet. Die Regierung Pétain hat die gewerkschaftlichen Landeszentralen aufgelöst und unter dem Druck der Industriellen und Bankiers spielte sie mit dem Gedanken, auch die Berufsverbände und die gewerkschaftlichen Ortskartelle aufzulösen und durch faschistische Arbeiterbehörden nach italienischem Muster zu ersetzen. Aber der für sie unerwartet starke Widerstand der Gewerkschafter hat es ihr geraten erscheinen lassen, die Durchführung dieser Pläne immer wieder hinauszuschieben. Die so häufig angekündigte faschistische Arbeitsverfassung ist bisher nicht veröffentlicht worden.

In den Monaten, in denen Pétain bereit schien, dem Druck der Industriellen nachzugeben und alle Gewerkschaftsorganisationen aufzulösen, kam in einer nordfranzösischen Stadt ein Dutzend führender Gewerkschafter aus den Reihen der grossen Verbände der freigewerkschaftlichen C.G.T. (Confédération Générale du Travail) und der katholischen C.F.T.C (Confédération Française des Travailleurs Chrétiens) zusammen. Es war ein Kreis verantwortungsbewusster französischer Gewerkschafter, die sich darüber klar waren, dass die Gewerkschaften sich nicht damit begnügen könnten, aus dem Zusammenbruch zu retten was noch zu retten war. Die Gewerkschaften sollten nicht nur Traditionskompagnien einer versunkenen Zeit sein, sondern Träger des Frankreich von Morgen. In einem Rundbrief haben die Gewerkschafter das Ergebnis ihrer Beratungen den Funktionären der freien und der katholischen Gewerkschaften zur Stellungnahme unterbreitet. Wir geben die wesentlichen Teile dieses Rundschreibens als

Dokument der Haltung französischer Gewerkschafter

wieder.

Auf einen Kommentar glaubten wir verzichten zu können. Nur an einigen Stellen, an denen die Gewerkschafter mit Rücksicht auf die Polizei der deutschen Militärverwaltung und der Vichy-Reaktion Worte wählten, die missverstanden werden könnten, haben wir eine kurze Erklärung eingefügt.

Das Rundschreiben:

"Die französische Gewerkschaftsbewegung - was sie bleibt und was sie werden muss"

Die französische Gewerkschaftsbewegung lebt. Trotz aller inneren Schwierigkeiten, trotz der Niederlage des Landes, trotz der Not, in der die Arbeiterklasse sich befindet - die französische Gewerkschaftsbewegung lebt. Aber sie kennt den Weg nicht, den sie einschlagen muss, um wirtschaftlich und gesellschaftlich wieder den Platz einzunehmen, der ihr zukommt.

Soll sie ihre Vergangenheit verleugnen? Soll sie, ohne Rücksicht auf die jetzigen Verhältnisse, eine Neubelebung versuchen?

Soll sie einigen Grundprinzipien treu bleiben, aber, mit Rücksicht auf die Lage, ihre Ziele neu formulieren?

Diese Grundfragen will eine Gruppe französischer Gewerkschafter beantworten, ohne Sektiererei, ohne vorgefasste politische Einstellung, ohne Rücksicht auf gleich welchen Druck".

"Die Vergangenheit"

Zunächst: die Gewerkschaftsbewegung braucht sich ihrer Vergangenheit nicht zu schämen. Die Tätigkeit der Gewerkschaften, in ihren verschiedenen Formen, hat der Arbeiterklasse eine ständige Verbesserung ihrer Existenzbedingungen gebracht.

Es gab Zeiten des Aufstiegs und Zeiten des Stillstands in dieser Entwicklung, aber wenn man eine lange Reihe von Jahren ueberblickt, erkennt man den Fortschritt, den die Gewerkschaftsbewegung den Arbeitern brachte".

"Die Gegenwart

Wo steht die Gewerkschaftsbewegung heute?

Man muss den Mut haben, zu erkennen: die Mehrheit der Arbeiter desinteressiert sich an den Gewerkschaften in dem Masse, in dem sie das Gefuehl hat, dass die Gewerkschaften weder sie befriedigende Ideen noch ein den Tagesbeduerfnissen angepasstes Programm vertreten, noch ihre beruflichen Interessen wirksam verteidigen koennen".

Doch weder faschistische noch nazistische Arbeiterbehoerden, wie die Petain-Regierung sie plant oder wie Deutschland sie eingefuehrt hat, koennen die Arbeit der Gewerkschaften uebernehmen:

"Organisationen, deren Leiter nicht frei gewaehlt wuerden und die nur unter staatlicher Bevormundung arbeiten duerften, koennten von den Arbeitern nicht als wirkliche Arbeiterorganisationen anerkannt werden.

Wenn man die Arbeiter wieder um ihre Gewerkschaften sammeln will, muss man die Grundsätze der franzoesischen Gewerkschaftsbewegung bekraeftigen oder wiederbekraeftigen, muss man die Beziehungen, die zwischen Gewerkschaften und Staat bestehen, herausarbeiten und festlegen, innerhalb welcher Grenzen die Gewerkschaftsbewegung sich entwickeln muss und welche Methoden sie anwenden kann.

Grundsätze der franzoesischen Gewerkschaftsbewegung

Von sechs Grundsätzen muss die franzoesische Gewerkschaftsbewegung sich leiten lassen:

Sie muss antikapitalistisch sein und muss sich ganz allgemein jeder Form der Arbeiterunterdrueckung widersetzen.

Sie muss sich zur Unterordnung der persoenlichen Interessen unter die Interessen der Gesamtheit bekennen.

Sie muss im Staat den ihr zustehenden Platz einnehmen und nur diesen.

Sie muss die menschliche Persoenlichkeit achten und ihr Achtung verschaffen, ohne Unterschied der Rasse, Religion und Meinung.

Sie muss frei sein, sie muss als Organisation genau so ihre Aktionsfreiheit haben, wie jedes ihrer Mitglieder persoenliche Handlungsfreiheit haben muss.

Sie muss die internationale Zusammenarbeit der Arbeiter und der Voelker erstreben,

Antikapitalismus - Die Gewerkschaftsbewegung hat als erste die Verantwortung des Kapitalismus an den Wirtschaftskrisen und den sozialen und politischen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit erkannt und angeprangert. Die internationalen Bankiers und Trusts, die grossen Aktiengesellschaften, die Unternehmerverbaende, wahre Wirtschaftsherzogtuemer, Gruppen, die von einer kleinen Zahl Verantwortlicher gefuehrt wurden, haben zu oft die Interessen des Vaterlands und die der Arbeiter der Sicherung und Vermehrung ihres Vermoegens geopfert. Sie haben die Entwicklung der franzoesischen Industrieproduktion systematisch durch ihre Finanzgeschaeft aufgehalten, durch ihren Kapitalexport, durch die Weigerung, anderen Nationen auf dem Weg des technischen Fortschritts zu folgen. Sie sind fuer die Niederlage unseres Landes stärker verantwortlich als jeder noch so unsaubere und unfaeheige Politiker.

Das kapitalistische System muss von einem System der Planwirtschaft im Dienste der Gesamtheit abgeloeset werden... Das Prinzip des Gesamtinteresses muss an die Stelle des Prinzips des persoenlichen Interesses treten. Die Unternehmungen muessen kuenftig nach den Richtlinien eines Produktionsplans gelenkt werden, unter Kontrolle des Staats und unter Mitwirkung der Gewerkschaften der Techniker und der Arbeiter. Die Leitung eines Unternehmens muss voll und ganz die Verantwortung fuer alle Fehler tragen.

So und nur so kann die Erwerbslosigkeit beseitigt werden, koennen die Arbeitsbedingungen dauernd verbessert werden und kann die Lage der Arbeiter gehoben werden - das oberste Ziel der Gewerkschaftsbewegung.

Die Unterordnung des Einzelinteresses unter das Gesamtinteresse - muss sich auf allen Gebieten durchsetzen, nicht zuletzt auch innerhalb der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsbewegung ist eine Gemeinschaftsbewegung, sie ist nicht die Summe einer grossen Zahl persoenlicher Bestrebungen. Menschen haben fuer sie Bedeutung nur durch das, was sie fuer das gemeinsame Ziel und nicht durch das, was sie fuer ihre persoenlichen Zwecke tun.

Gewerkschaft und Staat x) - Die Gewerkschaftsbewegung kann nicht zum Staat werden. Sie darf aber auch nicht im Staat aufgehen.

Als berufliche und nichtpolitische Bewegung, muss die Gewerkschaftsbewegung sich auf ihre wirtschaftliche und soziale Rolle der Verteidigung der Interessen der Produktion beschraenken. Der Staat muss als hoechster Schiedsrichter zwischen allen beteiligten Interessen vermitteln.

Die beiden Aufgaben duerfen nicht vermengt werden.

Andererseits lassen sich Gewerkschaftsaktion und Staatssouverenitaet viel leichter aufeinander abstimmen, wenn die Berufe organisiert sind.

x) In diesem ganzen Absatz wird die ausschlaggebende Frage, w i e der Staat, dem so grosse Aufgaben zugewiesen werden, aussehen soll, aus naheliegenden Gruenden nicht weiter ausgefuehrt. - Red.

Diese unumgaengliche berufliche Organisation darf die Betaetigung der ueberberuflichen Organe nicht hindern, die imstande sind, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme als Ganzes zu sehen und eine Politik der organisatorischen Koordinierung der Berufe zu fuehren.

Das endgueltige Verbot der grossen ueberberuflichen nationalen Organisationen (-der gewerkschaftlichen Landeszentralen - Red.) war daher ein Irrtum.

Man hat nicht zwischen Gewerkschaft und Korporation ^{xx}) zu waehlen, beide sind gleich noetig.

Die Losung fuer die Zukunft lautet:

Ereie Gewerkschaft im organisierten Beruf und im souveraeenen Staat, ^{xxx})

Von der Souveranitaet des Staates und von der Wirksamkeit seiner Rolle als Schiedsrichter haengt ab, ob Streiks als Mittel zur Verteidigung der Arbeiter praktisch unnootig werden. Es waere unbillig, die Arbeiter aller Kampfmittel zu berauben, wenn der Staat ihnen nicht die strikte Anwendung der sozialen Gesetzgebung und Gerechtigkeit in den sozialen Beziehungen garantiert.

Der Klassenkampf war bisher eine Tatsache und weniger ein Prinzip."

"Achtung vor der menschlichen Persoenlichkeit. - In keinem Fall, unter keinem Vorwand und in keiner Form kann die franzoesische Gewerkschaftsbewegung eine unterschiedliche Behandlung der Menschen wegen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Geburt, ihrer Meinungen oder wegen ihres Vermoegens billigen.

Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf Achtung. Er hat ein Recht auf freie und vollstaendige Entfaltung seiner Persoenlichkeit in jeder Hinsicht, soweit es nicht dem Interesse der Gesamtheit widerspricht.

Die franzoesische Gewerkschaftsbewegung kann besonders nicht dulden: Antisemitismus, religioese Verfolgungen, Gesinnungszwang, Vorrechte des Geldes.

Sie verurteilt ausserdem scharf jedes Regime, das die Menschen zur Maschine macht, unfaehig: zum Denken und zur persoenlichen Tat.

Die Freiheit - Die Gewerkschaftsbewegung ist auf dem Grundsatz der Freiheit begruendet worden. Gewerkschaftsfreiheit muss umfassen: das Recht fuer alle Arbeiter zu denken was sie wollen und in Gewerkschaftsversammlungen ihre Meinung ueber berufliche Probleme frei zu vertreten, - das Recht, sich durch von ihnen Gewaehlte vertreten zu lassen - das Recht, sich einer gewerkschaftlichen Organisation ihrer Wahl anzuschliessen oder keiner beizutreten - die Sicherheit, dass keine Gewerkschaft sich in ihr Privatleben mischt.

Internationale Zusammenarbeit - Wenn die Gewerkschaftsbewegung sich auch nicht staatliche Aufgaben anmasst, so muss sie sich trotzdem beschaeffigen mit den internationalen Produktionsbedingungen, mit dem Schicksal der Arbeiter der ganzen Welt, mit der Zusammenarbeit der Voelker, der Schoepferin des Aufstiegs und Fortschritts.

Es waere unsinnig zu glauben, dass unser Land morgen von der uebrigen Welt isoliert leben koennte und sich an den grossen internationalen Wirtschafts- und Sozialproblemen desinteressieren koennte.

Die Gewerkschaftsbewegung hat das Ihre zur Sicherung des Friedens und zum Wiederaufbau der Welt beizutragen.

Die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung - Die Zukunft der franzoesischen Gewerkschaftsbewegung haengt ab von der Zukunft Frankreichs - von seiner wirtschaftlichen und sozialen Organisation - von den Menschen, die die Gewerkschaftsbewegung leiten.

An der Zukunft Frankreichs brauchen wir nicht verzweifeln. Wegen des Zufalls einer militaerischen Niederlage duerfen wir uns nicht als minderwertiges Volk betrachten. Wir werden unsern Platz in der Welt wieder einnehmen, in dem Masse, in dem wir uns der Stellung bewusst sind, die wir einnehmen koennen.

Die wirtschaftliche und soziale Organisation Frankreichs muss reinen Tisch mit den Irrtuemern der Vergangenheit machen. Wir haben die wichtigsten Grundsaeetze der neuen Organisation dargelegt.

An der Spitze der Gewerkschaftsbewegung koennen nur Menschen stehen, die sich nicht als Besiegte fuehlen - die das Gesamtinteresse ihrem persoenlichen Interesse voranstellen - die die Arbeiterklasse achten und ihr dienen wollen - die ueber die notwendigen allgemeinen und technischen Kenntnisse verfuegen, um die Probleme unserer Zeit meistern zu koennen.

Zur Verteidigung der Tradition und der Zukunft der franzoesischen Gewerkschaftsbewegung, zum Kampf gegen die Erwerbslosigkeit und Not, zum Schutz ihrer Freiheiten schliessen sich die franzoesischen Arbeiter zusammen."

Der Rundbrief zirkuliert seit Mitte November 1940, als Mahnung zur Besinnung.

xx) Korporation wird in diesem zur Diskussion gestellten Absatz des Rundschreibens im Sinne der katholischen Soziallehre verstanden. Die Korporation der katholischen Soziallehre erkennt im Gegensatz zur faschistischen Korporation die Koalitionsfreiheit an. Das paepstliche Rundschreiben "Rerum Novarum" (1891) bestaetigt das ausdruecklich. Die katholische Diktatur in Oesterreich hat 1934-38 aber das von Papst Leo XIII naturrechtlich begruendete Existenzrecht der Gewerkschaften nicht respektiert.

xxx) Souveraen - hier offensichtlich sowohl gegenueber den Unternehmern wie gegenueber aussenpolitischem deutschen Druck.

Nazis unter falscher Flagge:
Berliner "Neue Internationale
Rundschau der Arbeit"

(ITF) Die 1936 von den Nazis unter dem Namen "Internationales Zentralbüro Freude und Arbeit" gegründete faschistische Internationale hat am 1. Januar ihren Namen in "Zentralamt für internationale

Sozialgestaltung" geändert. Jetzt hat Dr. Ley auch die bisher unter dem Titel "Das neue Protokoll" in 6 Sprachen herausgegebene Zeitschrift umgetauft. Er stahl den Namen der Monatschrift des Internationalen Arbeitsamts und lässt sein faschistisches Propagandablatt jetzt unter dem Titel "Neue Internationale Rundschau der Arbeit" erscheinen.

Die Monatschrift des Internationalen Arbeitsamts erscheint selbstverständlich wie bisher in Montreal.

(Für die Red.: Vergl. Faschismus, 3.II.41: Das Nazi-ILO.)

Norwegens Arbeiter - 1 Jahr unterm Hakenkreuz

Der Henker regiert in Norwegen

(ITF) Am Ende des ersten Jahres ihrer Herrschaft haben die Nazis die Hoffnung aufgegeben, die Norweger für sich oder wenigstens für die norwegischen Nazis gewinnen zu können. Jetzt versuchen sie mit offenem Terror zu regieren. In allen Städten und Dörfern Norwegens wurden (in der letzten März-Woche) grosse Plakate mit einer Proklamation des deutschen Reichskommissars Terboven angeschlagen, in der der leiseste Widerstand gegen die Besatzungsbehörden und ihre Osloer Puppenregierung mit Zuchthaus oder gar mit Todesstrafe bedroht wird.

Todesstrafe für Streiks und Flugblätter - "Mit Zuchthaus oder mit dem Tode wird bestraft"

wer versucht, den Kampfgeist deutscher Soldaten auf irgendeine Weise zu schwächen, etwa durch Wort, Propagandablätter usw."

"wer weiss, dass in dieser Proklamation erwähnte Verbrechen vorbereitet werden und die Behörden nicht informiert",

"wer die regelmässige Arbeit eines Unternehmens, das für die deutsche Verteidigung Norwegens von Bedeutung ist oder das der Versorgung des norwegischen Volkes dient, gefährdet, z.B. durch Streiks irgendwelcher Art,"

"wer norwegische Häfen, Küsten oder Hoheitsgewässer in irgendeiner Art von Fahrzeugen ohne Erlaubnis verlässt".

Zuchthaus für Demonstrationen - "Mit Zuchthaus wird bestraft,

wer mündlich oder schriftlich unwahre oder entstellende Gerüchte verbreitet, durch die das deutsche Volk oder die deutsche Wehrmacht herabgesetzt werden sollen",

"wer an Demonstrationen, öffentlichen Zusammenrottungen teilnimmt oder zusammen mit anderen Gewalt gegen Personen oder Eigentum gebraucht",

"wer Geheimorganisationen gründet, ihnen beiträgt oder sie in irgendeiner Form unterstützt".

"Wer eine nach deutschem Strafrecht strafbare Handlung gegen deutsche Truppen oder irgendwelche Personen, die zur deutschen Wehrmacht gehören oder durch Erlass des Führers (Hitler) eingesetzte Amtsträger begeht, wird auf Grund... des deutschen Militärstrafgesetzbuches... so bestraft, als ob die Handlung auf deutschem Gebiet begangen worden wäre".

(Für die Red.: Nach dem norwegischen Text der Proklamation vom 23.III.41)

Europäische Arbeitssklaverei

(ITF) Das deutsche Arbeitsrecht, das von den Nazis zunächst in Polen, dann im tschechischen "Protektorat" eingeführt wurde, wird jetzt nach West- und Nordeuropa getragen.

In Holland haben die deutschen Behörden ihr Zwangsarbeitsrecht eingeführt und auch in Norwegen wurde durch ein gemeinsames Diktat der deutschen Behörden und ihrer Osloer Quisling-Regierung in vielen Berufen die Freizügigkeit der Arbeiter aufgehoben. In der Aluminiumindustrie, in Netzfabriken, Gerbereien und Lederfabriken, die mehr als 10 Arbeiter beschäftigen, in der chemischen Industrie, in Radio-, Telephon-, Seil-, Sack-, Zement- und Schuhfabriken, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, auf Werften, Spinnereien, in Metallbetrieben, Munitions- und Maschinenfabriken, in der Schifffahrt und in allen Betrieben, die für die deutsche Wehrmacht arbeiten müssen, dürfen Arbeiter ihren Arbeitsplatz nur noch mit Genehmigung des den Nazis verantwortlichen Arbeitsamtsdirektor verlassen.

(Für die Red.: Ueber Holland: Faschismus, 31.III.41.)

Der Lohndruck in Norwegen

(ITF) Ein Jahr beherrschen die Nazis Norwegen. In diesem Jahr haben sie nach Kräften ver-

sucht, die Lebenshaltung der norwegischen Arbeiter zu verschlechtern. Durch eine ihrer ersten Massnahmen verbot die deutsche Verwaltung die Auszahlung

der 7-9%igen Teuerungszulage, die die Gewerkschaften durchgesetzt hatten. Doch damit haben sie sich nicht begnügt, die Löhne sollten stärker gesenkt werden. "Denn die deutsche Verwaltung ist daran gegangen, auch in Norwegen, so wie im Reich einen gerechten Ausgleich zu schaffen und die Wirtschaft Norwegens nach den Reichsgrundsätzen auszurichten", schreibt der Berliner "Deutsche Volkswirt". Und um die Reichsgrundsätze durchzusetzen, "musste eine Lohnsenkung von 8 - 9% ab 1. Juni 1940 erfolgen".

Seit Beginn des Nazi-Krieges im September 1939 ist der Lebenshaltungsindex des Osloer statistischen Zentralamts um 30 1/2% gestiegen. Dieser Index gibt die Teuerung auch nicht annähernd wieder, denn viele Lebensmittel sind nur im Schleichhandel und zu Schleichhandelspreisen zu erhalten, der Index aber rechnet nur mit Höchstpreisen. Doch selbst wenn man diesen Index hinnimmt: trotz mindestens 30%iger Teuerung haben die Nazis die Löhne noch bis zu 17% gesenkt!

(Für die Red.: "Deutscher Volkswirt", 31.I.41. Vergleiche zur Lohnpolitik die Erklärung des deutschen Lohnkommissars, "Faschismus", 30.XI.40.)

Quisling-Zellen (ITF) Die norwegische Nazi-Partei hat damit begonnen, in den Gewerkschaften kleine Nazi-Zellen nach kommunistischem Muster zu organisieren. Sie hofft, auf diese Art eines Tages die Gewerkschaften von innen erobern zu können. Sie erklärt den Arbeitern, dass, sobald diese Nazi-Zellen gross genug geworden sind, nur noch Mitglieder der Nazi-Zellen Arbeit erhalten. Wer Arbeit haben wolle, müsse rasch beitreten.

Schon heute erhalten in vielen norwegischen Städten norwegische Nazis mehr Lebensmittel als ihnen auf Rationen zusteht.

In Quislings "Reichsdruckerei" (ITF) Die norwegischen Nazis haben die Druckerei des Osloer "Arbeiderbladet" gestohlen und zu ihrer "Reichsdruckerei" gemacht. Ein Säufer, den die "Aftenposten" herausgeworfen hatte, wurde den Druckern als Vorgesetzter aufgezwungen. Die Drucker protestierten und sie erreichten, dass der Nazi-Trunkenbold entfernt wurde. Zur Vergeltung aber entliessen die Nazis den Orts-Vorsitzenden der Gewerkschaft.

Die Drucker drohten mit Streik. Darauf holten die Nazis 16 Polizisten und liessen die Zeitung unter Polizeibewachung fertigstellen. Bevor die Arbeiter heimgingen, sagten ihnen die Nazis, dass ihr Leben keinen Pfifferling wert sei, falls sie am andern Morgen nicht zur Arbeit kämen.

Oeffentliches Personal in Norwegen will Freiheit (ITF) In Bergen sind von den 2.500 im öffentlichen Dienst stehenden Arbeitern und Angestellten nur 12 der Quislingschen "National Samling" beigetreten, in Trondhjem von 1000 nur 14.

Volkshäuser brennen (ITF) Die norwegischen Nazis haben sich die Volkshäuser der norwegischen Arbeiterbewegung angeeignet. Immer häufiger werden diese der freien Arbeiterbewegung gestohlenen Häuser in Brand gesteckt. In Lilleström brannte das grosse Gebäude des Volkshauses am 26. März nieder. Die norwegischen Arbeiter lassen ihre Volkshäuser lieber in Flammen aufgehen als durch Nazi-Veranstaltungen schänden.

Hunger unterm Hakenkreuz

Hunger in Warschau (ITF) Der Warschauer Vertreter der amerikanischen Polen-Hilfskommission, Mr. MacDonald, kabelte der "New Yorker Daily News": "mehr als 239.000 Leute, darunter 91.000 Kinder, sind in Warschau auf Tagesrationen gesetzt worden, die nur einen Kalorienwert von 700 haben, während nach allgemeiner Ansicht 2000 cal. das Mindestmass sind. Etwa 250.000 sind auf die Warschauer Suppenküchen angewiesen. Die Bevölkerung der Stadt ist um fast 400.000 Menschen gestiegen, die aus Westpolen bei der Ausführung des nationalsozialistischen Germanisierungsprogramms vertrieben worden sind".

Not in Belgien (ITF) Die Brüsseler Zeitung "Nieuws van den Dag" berichtet, dass zur Zeit 1,8 Millionen Belgier auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind - von je 5 Belgiern einer!

Elend in Holland (ITF) Das Amsterdamer "Algemeen Handelsblad" berichtet, dass 700.000 holländische Familien die "Winterhilfe" um Unterstützung bitten mussten - jede dritte Familie ist in Not!

(Für die Red.: "New Yorker Daily News", 31.III.; "Nieuws van den Dag", 10.III.; "Algemeen Handelsblad", 27.II.41.)

Hitlers Kulturträger (ITF) Wer im amtlichen Telephonbuch des polnischen "Generalgouvernements" blättert, findet auf Seite 24 das Telephonverzeichnis der Stadt Jaroslaw und im Abschnitt "Stadtverwaltung" in alphabetischer Anordnung die städtischen Aemter. Eine städtische Abdeckerei besitzt Jaroslaw nicht, daher beginnt die Aufzählung beim Buchstaben B mit der Eintragung: "Bordell, Jesuitenstrasse 2, tel. Nr. 13."

In Polen waren vor 20 Jahren die Bordelle aufgehoben worden.

Nazis bestrafen Menschlichkeit (ITF) Zwei Berichte ohne Kommentar: In der westfälischen Industriestadt Bielefeld schleppt ein französischer Kriegsgefangener Kohlen in eine Wohnung. Der Gefangene hat Hunger. Die 61jährige Frau gibt ihm mitleidig 2 Scheiben Brot.

Nazi-Richter sperren die alte Frau zur Strafe ins Gefängnis.

Im Dörfchen Thedinghausen bei Bremen erlaubte ein Bauer einem belgischen Kriegsgefangenen, beim Abendbrot mit einem deutschen Arbeiter am gleichen Tisch zu sitzen.

Nazi-Richter verurteilten den Bauern zu 200 Mark Geldstrafe. Nur weil sie ihn als Arbeitskraft gebrauchen, haben sie ihn nicht eingesperrt.

(Für die Red.: Die Berichte sind nachzulesen in der "Westfälischen Zeitung" vom 3.IV. und in "Bremer Nachrichten", vom 27.II.41.)

Arbeitssklaven des Hakenkreuzes

Zwangsarbeiterwehren sich gegen Nazi-Ausbeutung (ITF) Hitlers Arbeitsminister hat feststellen müssen, dass die in Deutschland beschäftigten Zwangsarbeiter sich durch Langsam-Arbeiten gegen Nazi-Ausbeutung wehren, dass sie noch nicht die Hälfte, oft sogar nur 1/3 des Normalen leisten. Ein derartiger Leistungsrückgang sei nicht nur bei den nach Deutschland transportierten ausländischen Arbeitern, sondern auch bei zur Zwangsarbeit dienstverpflichteten deutschen Arbeitern festzustellen!

Das Berliner Ministerium erklärt: ausländische und dienstverpflichtete deutsche Arbeiter, die auf Baustellen arbeiten, "bringen ein erhebliches Absinken der Leistung mit sich". Da keine Propaganda die Arbeiter zu rascherem Arbeiten veranlassen konnte, müssten drastische Massnahmen ergriffen werden: "Wenn auf Baustellen, wie vorgekommen, die im Zeitlohn arbeitenden Maurer in einer Schicht nur mehr 200 bis 250 Ziegelsteine vermauern, so kann hier die Bezahlung des Tariflohns nicht mehr zugelassen werden". Offensichtlich glaubt Hitlers Minister, dass untertarifliche Hungerlöhne die Arbeiter für die Zwangsarbeit begeistern werden...

(Für die Red.: Deutsche Presse, 25/26.III.41.)

Streik in Strassenbahnwerkstätten in Warschau (ITF) Die Weigerung der deutschen Behörden, Teuerungszulagen zu bewilligen, führte zu ernststen Unruhen in den Strassenbahn-Hauptwerkstätten in Warschau.

Um ihrer Lohnforderung den nötigen Nachdruck zu geben, haben Arbeiter der Werkstätten in der Mlynarska-Strasse die Arbeit niedergelegt. Volksdeutsche Provokateure liessen SS-Abteilungen kommen, die sofort Maschinengewehre auffuhren und mit sofortigen Erschiessungen drohten. Unter dem Druck der Maschinengewehrschützen musste die Arbeit wieder aufgenommen werden. 4 Sprecher der Arbeiter und 2 Direktoren wurden verhaftet; was aus ihnen wurde ist nicht bekannt.

Einige Wochen darauf wurden weitere 40 Arbeiter der Strassenbahnwerkstätten verhaftet.-(Für die Red.: Streik, Dezember 1940.)

Neue Zwangsarbeiter (ITF) Die deutsche Verwaltung des polnischen "Generalgouvernement" hat alle 20- und 21jährigen Polen und Ukrainer zur Zwangsarbeit im polnischen bzw. ukrainischen "Baudienst" eingezogen. Sie müssen strategische Strassen bauen.

Im Warschauer Ghetto werden z.Zt. 40.000 Zwangsarbeiter ausgehoben. Die jüdischen Zwangsarbeiter sollen 40.000 in ihrer Heimat beschäftigte Polen ablösen; die Polen sollen zur Zwangsarbeit nach Deutschland geschickt werden.

Holländische Arbeiter werden zu "Soldaten des Führers" gepresst (ITF) Die nach Deutschland transportierten holländischen Arbeiter werden von den Nazis unter Bruch des Völkerrechts als Wirtschaftssoldaten ihrer Kriegsmaschine behandelt; sie gelten, wie der Berliner Korrespondent der unter deutscher Zensur erscheinenden

holländischen Zeitung "Nieuwe Rotterdamsche Courant" berichtet, als "Soldaten des Führers".

Die holländischen Arbeiter werden vom holländischen Arbeitsamt an einen bestimmten Arbeitsplatz in Deutschland transportiert, den sie sich - in der Regel - nicht auswählen, aber trotzdem nicht ohne Genehmigung wechseln dürfen. Sie sind an den ihnen zugewiesenen Arbeitsplatz gebunden, genau wie die deutschen Arbeiter: "Ausdrücklich wurde erklärt", berichtet der Berliner Vertreter des "Nieuwe Rotterdamsche Courant", "dass die holländischen Arbeiter dieselben Rechte aber auch dieselben Pflichten haben wie die deutschen Arbeiter. Auch sie sind daher 'Soldaten des Führers'..!"

Viele der nach Deutschland transportierten 118.000 holländischen Arbeiter haben sich noch nicht daran gewöhnt, dass in Nazi-Deutschland Arbeiterrecht Arbeiter-Entrechtung bedeutet.

Die Verpflegung ist in vielen Orten unzureichend. Manche holländische Arbeiter versuchen daher auf eigene Faust, Arbeit in anderen Orten zu bekommen, in denen die Verpflegung besser sein soll; "es kommt vor, dass ein holländischer Arbeiter, der z.B. hört, dass in Wien das Essen besser sein soll als in Berlin, ohne jemand Bescheid zu sagen, auf eigene Faust nach Wien geht". - Die deutsche Polizei erinnert ihn an seine Rechtlosigkeit und transportiert ihn an den ihm zugewiesenen Arbeitsplatz zurück.

Will sich der Arbeiter das nicht gefallen lassen, so wird er zunächst wegen Kontraktbruch bestraft und dann nach Holland zurücktransportiert, wo er beim Armenamt um eine kleine Unterstützung betteln darf.

Die holländischen Arbeiter haben ein Recht auf Urlaub. Aber als "Soldaten des Führers" müssen sie während des Urlaubs arbeiten. "Manche klagten, dass ihnen bei der Abreise aus Holland versprochen wurde, dass sie nach 3 Monaten Urlaub erhalten und dass ihnen dieser Urlaub nach Ablauf der Zeit nicht gegeben wurde!"

Die holländischen Arbeiter werden in kriegswichtigen Betrieben beschäftigt: "die meisten holländischen Arbeiter haben in der Metallindustrie, im Baubetrieb und im Verkehrswesen (Reichsbahnbaugesellschaft) Arbeit gefunden". Die Metallindustrie arbeitet nahezu vollständig für Kriegsbedarf, begonnen und weitergeführt werden in Deutschland nur kriegswichtige Bauten und das deutsche Eisenbahnwesen ist das Rückgrat des deutschen Kriegssapparats. Metallbetriebe, kriegswichtige Baustellen und Eisenbahnlinien sind daher besonders stark Angriffen der britischen Bomber ausgesetzt - ein Grund mehr für die Nazis, an diesen gefährlichen Stellen, die als Soldaten verwendbaren deutschen Arbeiter durch holländische Arbeitssklaven zu ersetzen.

(Für die Red.: "Nieuwe Rotternamsche Courant", 18.II.41.)

Ersatz für Gefangene

(ITF) Da rund 1 Million französische Bauern und Landarbeiter als Kriegsgefangene in Deutschland arbeiten müssen, versucht die Vichy-Regierung, Jugendliche zur Landarbeit zu rekrutieren. Alle 17 - 21jährigen, die erwerbslos oder nicht voll beschäftigt sind, können zur Landarbeit rekrutiert werden.

Lohndruck in Frankreich

(ITF) In Frankreich sind die Lohnsätze, die am 1. September 1939 galten, noch in Kraft. Aber sehr viele Unternehmer kümmern sich nicht um diese Verordnung der Regierung. Sie nutzen die Massenarbeitslosigkeit und die Schwächung der Gewerkschaften durch die Massnahmen der Pétain-Regierung zum Lohndruck. "Es gibt genug Beweise dafür, dass zahlreiche Unternehmer systematisch die Löhne der bei ihnen Beschäftigten gesenkt haben", erklärt Radio Paris (am 5.IV.41.).

Nazi-Volksgemeinschaft

Dividendenschwindel in Deutschland

(ITF) Hitlers Wirtschaftsminister Funk hat erklärt, dass künftig in Deutschland keine Aktiengesellschaft mehr als 6% Dividende zahlen dürfe. Höhere Dividenden sollten scharf besteuert werden. Nun wird bisher für 46% aller an der Berliner Börse gehandelten Aktien eine weit höhere Dividende gezahlt. - Die Börsenfürsten reagierten auf diese Rede empört mit scharfen Kurssenkungen. Die Nazi-Regierung fürchtete, dass der Kursrückgang auf den Aktienmärkten auch die Kurse der Staatsrenten beeinflussen werde. und beruhigte die Börsianer: "es ist kaum daran gedacht, jede Dividende über 6% zu unterbinden". Selbst wenn der Dividendensatz gesenkt würde, bekäme der Aktionär nicht weniger, denn er erhielte den gleichen Geldbetrag - mit Gratisaktien. Das "Hamburger Fremdenblatt" erzählt den Hamburger Pfeffersäcken augenzwinkernd, wie die

Am Radio abgehört

haben wir u.a.:

Bevin spricht

(ITF) Die B.B.C. berichtet regelmässig den deutschen Arbeitern vom Leben der britischen Arbeiterbewegung. Kürzlich sandte London einen anschaulichen Bericht über eine Bergarbeiter-Versammlung in Durham, auf der Bevin sprach:

"Ich komme gerade von Durham, einer Bergarbeiterstadt, nicht weit von Newcastle. Im grössten Saal der Stadt waren über 1000 Bergarbeiter zusammengekommen. Alle Bergarbeitergewerkschaften des Distrikts hatten Vertreter entsandt. Und am Rednerpult stand Ernst Bevin, breitschultrig, entschlossen. Nicht aufgedunsen wie Dr. Ley von der Arbeitsfront, sondern stark und voller Energie; nicht um schöne Zukunftsbilder zu malen, um die Arbeiter zu täuschen, sondern um zu helfen, falls es nötig sein sollte. Da steht Ernst Bevin, Arbeitsminister und Mitglied des Kriegskabinetts. Aber für die 1000 Arbeiter, die den Saal füllen, ist er nicht der Minister, sondern ihr alter Kollege, ihr alter Freund, einer von ihnen, mit dem alle sprechen können, der ihre täglichen Sorgen und Nöte kennt, weil er selbst Arbeiter war und jetzt auch als Minister Arbeiter blieb. Als James Gilliland, der grauhaarige Präsident der Durhamer Bergarbeitergewerkschaft, die Versammlung eröffnete und Bevin als den führenden Kämpfer der britischen Arbeiterbewegung grüsste, als er sagte, dass neues Leben die Arbeiterbewegung erfüllt, seitdem Bevin das Arbeitsministerium übernahm, da wusste jeder im Saal, dass das keine Höflichkeitsfloskel für einen Minister war, der sich freigemacht hatte, um ein paar Worte zu Bergarbeitern zu sprechen. Denn sie selbst haben der Arbeiterbewegung den neuen Impuls gegeben. Und als dann Bevin zu sprechen begann, einfach und klar, nicht wie ein Feldwebel zu Rekruten, nicht wie Ley vor der Arbeitsfront, sondern als Freund zu Freund, da leuchteten ihre Augen, denn auf dem Podium stand ein Mann, der ausdrückte, was jeder von ihnen fühlte. Bevin erinnerte sie daran, wie unmittelbar nach dem letzten Krieg die englischen Gewerkschafter die Führer der deutschen Gewerkschaften in Amsterdam trafen, wie die englische Gewerkschaftsbewegung seitdem mehr als jede andere Bewegung versucht hatte die Hemmungen der Staatsgrenzen zu überwinden, um die grossen gemeinsamen Probleme der Arbeiter aller Länder zu lösen. Dann war eine der ersten Taten Hitlers Zerschlagung der Gewerkschaften. Die englische Arbeiterbewegung weiss, sagte Bevin, dass dieser Krieg ein Krieg zur Verteidigung ihrer Rechte ist. Als Bevin gesprochen hatte, konnte jeder im Saal ihm Fragen stellen. Und die Fragen prasselten auf ihn nieder.

'Kann Bevin uns sagen, ob es nicht besser gewesen wäre...'

'Ich möchte Bevin fragen...'

'Warum hat die Regierung...'

Mit scharfem Auge stellte der Vorsitzende fest, wer sich zuerst zu Wort gemeldet hatte. Er kannte sie alle mit Namen. 'Jimmy, fang an', sagte er. Und so wurde die Reihenfolge der Fragen festgelegt. Jimmy konnte sprechen und er sagte und fragte alles, was er auf dem Herzen hatte...

Und dann kamen die andern Fragen. 'Warum hat die Regierung das getan und jenes nicht getan?' Bevin beantwortete jede Frage, mit klaren, einfachen Worten, ohne Winkelzüge. 'Ich glaube nicht', schloss er schliesslich, 'dass Hitler auch so Fragen beantworten würde'. Als das Gelächter, das diesen Worten folgte, sich gelegt hatte, dankte einer der Bergarbeiter dem Minister und sagte: 'Nun kann jeder von uns frei sprechen. Jeder von uns kann sagen, wo ihn der Schuh drückt und was die Regierung falsch gemacht hat und besser machen muss...'

Im gleichen Geist war die Entschliessung, die Will Lawther, der Präsident der britischen Bergarbeitergewerkschaft, vorlegte und die unter lauten Beifallrufen einstimmig angenommen wurde. 'Die heutige Versammlung', so hiess es in der Entschliessung, 'billigt die Arbeit Bevins im Ministerium in dieser Schicksalsstunde unseres Volkes.'

Im Namen der 120.000 Mitglieder der Durhamer Bergarbeitergewerkschaft versichern wir ihm und den andern Regierungsmitgliedern: was auch im Kampf für Recht und Freiheit gegen Nazityrannei kommen wird - wir sind bereit.

Wir wissen: wo der Faschismus an die Macht kommt, zerstört er die Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaften und die Arbeiterpartei und vernichtet alles, was sich die Arbeiter in Generationen erkämpft haben.

Der Nationalsozialismus hasst alle Organisationen freier Arbeiter. Im Namen dieser Versammlung appellieren wir an unsere Kameraden, an die Bergarbeiter in Deutschland und in den besetzten Gebieten: Sammelt Euch zum Kampf. Kämpft weiter gegen Euren Unterdrücker. Der Sieg über den Nationalsozialismus und die Kräfte der Reaktion wird die Arbeiter Europas brüderlich einen und der ganzen Welt Frieden und Sicherheit bringen.'

Nach der Versammlung konnte ich Bevin sprechen. Ich sagte ihm, dass ich im Rundfunk Deutschen über diese Versammlung berichten wolle und

bat ihn um eine Botschaft an die deutschen Arbeiter. Bevin setzte sich und schrieb ein paar Worte für Euch nieder. Hier ist Bevins Botschaft:

Die deutschen Arbeiter sollen wissen, dass die britischen Arbeiter bis zum Letzten gegen den Nationalsozialismus und seine Eroberungslust kämpfen werden und dass sie nie geschlagen werden können.

Erst wenn die deutschen Arbeiter erkannt haben, dass sie vom preussischen Militarismus mit seiner Zerstörungssucht und seinem krankhaften Eroberungsdrang nicht das Geringste zu erwarten haben, werden sie auf dem Weg zur Freiheit und zur Zusammenarbeit wirklich vorwärtskommen.

Solange deutsche Arbeiter glauben, dass der preussische Militarismus ihnen bessere Lebensbedingungen bringt, werden sie zu Not und Knechtschaft verurteilt sein.

Erst wenn die deutschen Arbeiter erkennen, dass die Völker anderer Nationen nicht Sklaven sondern ihre Mitmenschen sind, besteht Hoffnung, dass wieder Vernunft und Ordnung die Welt beherrschen werden".

Fortsetzung von Seite 68.

über die Kriegsgewinne empörten deutschen Arbeiter betrogen werden, wie aus 9% plötzlich 6% Dividende werden, ohne dass der Aktionär auch nur einen Pfennig weniger erhält!

Jede deutsche Aktiengesellschaft hat, um weniger Steuer zahlen zu müssen, Gewinne als stille Reserve versteckt. "Durch Schaffung der notwendigen steuerlichen Voraussetzungen wird es in Zukunft möglich sein, offene oder stille Reserven in verantwortliches Kapital umzuwandeln, wobei das Normale eine Heraufstempelung der Aktienbeträge sein dürfte. Setzen wir den Fall, dass eine Gesellschaft auf Aktienkapital von 1 Mio RM. eine Dividende von 9% ausschüttet und nun 0,5 Mio Reserven in das Kapital einbezieht, so erhält der Aktionär bei dem gleichen Dividendenbetrag von 90.000 RM nur noch 6%, aber auf sein um 50% vermehrtes Nominalkapital. Es wäre falsch, in einem solchen Fall von Gratisaktien zu sprechen, denn es handelt sich lediglich um eine interne Veränderung innerhalb des Gesamtvermögens der Gesellschaft. Der Aktienkurs würde entsprechend zurückgehen, der Gesamtbesitzstand des Aktionärs aber bliebe unverändert"

So "bekämpft" man in Deutschland Kriegsgewinne!

(Für die Red.: "Hamburger Fremdenblatt", 18.III.41.)

Dr. Leys Volksschlepper-Geschäft

(ITF) Mit dem "Volksauto" haben die Nazis bisher nicht das erwartete Geschäft gemacht. Sie hatten erwartet, dass sie mehrere Millionen Dumme finden werden, die ihnen Monat für Monat 20 - 25 Mark für die Aussicht zahlen würden, eines Tages ein Volksauto zu erhalten. Anfangs schien die Propaganda Erfolg zu haben. Im August 1938 begannen sie mit dem Dummenfang. Nach 3 Monaten hatten sie schon 130.000 Dumme gefunden, die Raten für ein "Volksauto" zahlten, das eines Tages von einer noch nicht gebauten Fabrik geliefert werden sollte. Monat für Monat berichtete die Arbeitsfront von ihren Erfolgen beim Dummenfang, bis zum 1. Juli 1939 hatten sich 253.000 Deutsche zur Ratenzahlung verpflichtet, darunter etwa 150.000 Arbeiter, kleine Angestellte und Beamte. Aber inzwischen hatte die Gegenpropaganda ihre Wirkung getan, die Arbeitsfront fand nicht mehr genug Dumme und sie hat kleinlaut verschwiegen, wieviel weiter auf den Volkswagenschwindel hingenommen. Statt der erwarteten Milliardenbeträge konnte sie bis Anfang 1941 nur 170 Mio RM einstreichen. Die Masse der deutschen Arbeiter hat sich von der Volksauto-Reklame nicht beschwindeln lassen.

Deshalb versucht Dr. Ley jetzt, die Bauern zu schröpfen. Er hat sich von Hitler zum Präsidenten einer Volksschlepperfabrik machen lassen. Diese Volkstraktorenfabrik ist zwar genau so wenig da wie die Volkswagenfabrik, aber jeder Bauer darf heute schon treu und brav seine monatlichen Raten für das Versprechen zahlen, dass er eines Tages einen Kleintraktor erhalten wird, wenn die Fabrik, von der bis heute noch kein Stein steht, gebaut ist, produzieren kann und das von ihm eingezahlte Geld bis dahin nicht verschwunden ist.

Inzwischen wird dieses Volksschleppergeschäft aber eine einträgliche Angelegenheit für Dr. Ley, seine Vettemund Freunde. Denn Dr. Ley lässt die Fabrik in Waldbroehl errichten und er hat bereits mit dem Kauf von Fabrikgelände begonnen. Warum gerade in Waldbroehl? Nun, Dr. Ley und Pg. Marrenbach, der Geschäftsführer der Deutschen Arbeitsfront, stammen aus dieser Gegend. Ihre Familie und ihre Freunde werden nicht böse darüber sein, dass die Bodenpreise steigen, weil Dr. Leys Volksschlepper-Werk Fabrikgelände hauft. Dr. Ley hat sich 1936 für 300.000 RM bei Waldbroehl das Gut Rottland gekauft. Jetzt kann der Gutsbesitzer Ley Gelände an die Leitung der Fabrik verkaufen, die ganz zufälligerweise in der Nähe seines Gutes die Bodenpreise hochtreibt -- im Auftrag des Fabrikdirektors Ley.